

Hilfe bei der Studienplanung

Senat informiert über Angebote

Bremen (wig). Morgen ist Mädchentag, der Girl's Day. Er ist laut Landesregierung nicht nur ein Angebot, um Berufe kennenzulernen, sondern „kann auch zur Studienorientierung genutzt werden“. Dies wird in einem Papier hervorgehoben, das zur Kabinettsitzung gestern vorbereitet worden war. Thema: Wie werden in der Hansestadt Schülerinnen und Schüler beraten, die eine Universitätsausbildung anstreben?

Speziell bezogen auf Jugendliche in der gymnasialen Oberstufe, heißt es in der Antwort des Senats auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, bekämen die Interessenten beispielsweise „Unterstützung bei der zielgerichteten Nutzung von Recherche- und Informationsangeboten“, wenn es um Studiengänge im In- und Ausland gehe. Im Verlauf der Oberstufe gebe es zudem für Schülerinnen und Schüler ein „Verfahren zur Kompetenzfeststellung“, das Aufschluss über die Eignung für die unterschiedlichen Studiengänge geben könne. Überdies könnten Praktika oder Hospitationen an wissenschaftlichen Einrichtungen absolviert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Bremer Schulen sowie Universität und Hochschulen, so der Senat, habe bereits eine Tradition und solle „weiter ausgebaut werden“.

Jungkandidaten im Video-Interview

Bremen (jop). Luisa-Katharina Häslar, jüngste CDU-Kandidatin bei der Bürgerschaftswahl, will auch anderen jungen Menschen Mut machen, sich in der Politik zu engagieren. Viele hätten ein völlig realitätsfremdes Bild vom Politikbetrieb, sagt die 21-jährige Studentin im Video-Interview mit WESER-KURIER Online. Daran seien die Parteien nicht unschuldig. Sie selbst wolle ihre Zukunft nicht in die Hände von fremden Leuten legen, sondern sie selbst mitgestalten. Wie man ihrer Ansicht nach politisches Engagement fördern kann und was sie für Bremen bewegen will, verrät sie in der Interview-Serie mit den jüngsten Kandidaten.

» Alle bisher erschienenen Folgen und mehr zur Wahl finden Sie unter www.weser-kurier.de/wahl

STADTUMSCHAU

Center.tv hat noch Plätze frei für die Sendung „Wirtschaft im Dialog“ in der Bremerhalle des City Airports am Donnerstag, 14. April, ab 20 Uhr. Das Thema: „Nach Fukushima – muss es auch in Bremen eine Wende in der Energiepolitik geben?“ Anmeldungen an: office@bremen-center.tv

Einen Selbstbehauptungskurs für Jungen von 11 bis 13 Jahren, die Ausgrenzung und Mobbing erfahren haben, bietet das Bremer Jungenbüro am 18. und 19. April an. Informationen unter Telefon 59 86 51 60.

Der Ausschuss „Krankenhäuser im Land Bremen“ tagt am Donnerstag, 14. April, um 14.30 Uhr im Börsenhof A (Raum 416). Im Anschluss trifft sich der Ausschuss „Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen“ der Bremischen Bürgerschaft.

Der Beirat Neustadt tagt am Donnerstag, 14. April, um 19 Uhr im SOS-Kinderdorf, Friedrich-Ebert-Straße 101. Besprochen wird unter anderem die zukünftige Nutzung des Delmemarktes.

Der Stadtteilbeirat Walle trifft sich am Donnerstag, 14. April, um 18.30 Uhr im Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, zu einer öffentlichen Sitzung.

In die Normandie bietet das Lebensart Seniorenbüro Bremen eine Busrundreise vom 24. bis zum 30. Juli an. Näheres unter Telefon 32 05 49.

SPRECHEN SIE BREMISCH?

Heidquest

Heidquest, Heidquast, Heidquäst. Steht für zusammengebautes Heidekraut, das zum Schrubben des Gossensteins (Spüle, Ausguss) benutzt wurde. Auch Topfkrazer und Besen aus Heidekraut heißen so.

Marlen Peper, Wilfried Nonnenkamp, Hermine Thielscher

Wenn Sie weitere Beispiele für die bremische Mundart, das sogenannte Missingsch, nennen können, melden Sie sich bei uns. Bitte richten Sie Ihre Beiträge ausschließlich schriftlich an: bremisch@weser-kurier.de oder Bremer Tageszeitungen AG, 28189 Bremen, Lokalredaktion.

REDAKTION BREMEN

Telefon 0421/36713690

Fax 0421/36711006

Mail: lokales@weser-kurier.de

Sparvorschläge auf Knopfdruck

Im Bremer Senat hilft der Computer, um ein Minus im Haushalt auszugleichen



Finanzstaatsrat Lühr nutzt den Computer, um dem Senat möglichst gerechte Vorschläge zur Finanzierung von Etatlücken zu unterbreiten. FOTO: KOCH

VON RAINER KABBERT

Bremen. Wenn schon sparen, dann bittschön gerecht. Im Bremer Senat hilft der Computer: Laufen die Kosten im Herbst aus dem Ruder und muss das Defizit durch eine Umlage gedeckt werden, errechnet das SAP-Haushaltssystem nach einem Quotenmodell die Anteile der Ressorts. Das Kardinalproblem Bremens ist damit freilich nicht gelöst: Bis 2020 muss Bremen seine Ausgaben (inflationbereinigt) gegenüber 2010 um 28 Prozent verringern.

Finanzstaatsrat Hans-Henning Lühr erinnert sich an den Ärger zu Zeiten der großen Koalition, wenn im Herbst ein paar Millionen im Bremer Etat fehlten und die Finanzierungslücke geschlossen werden musste. Welches Ressort sollte die Zeche zahlen, wenn irgendwo die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind? Es sollte ja gerecht zugehen, und was könnte gerechter sein als ein Computer!

Seitdem liefert die EDV einen unbestechlichen Gerechtigkeitsmaßstab: Beschließt der Senat eine Umlage zum Haushaltsausgleich, machen sich die Finanzstrategen auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten. Der Computer durchforstet nach einem Quotenmodell alle Haushaltsposten nach dem Verbindlichkeitsgrad: Das Modell reicht von Stufe 1 mit einem verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Anspruch bis zur Stufe 5, in dem die freiwilligen Leistungen des Staates aufgelistet sind. Auf der Stufe 1 kann maximal ein Prozent gekürzt werden, in der letzten Stufe 40 Prozent. Aus der Computeranalyse formuliert die Finanzbehörde dann einen Vorschlag für den Senat, wie die Umlage zur Haushaltsdeckung aussehen könnte – mit prozentualen Anteilen für die einzelnen Ressorts.

„Letztlich müssen aber politische Prioritäten gesetzt werden“, erläutert der sozial-

demokratische Staatsrat des von der grünen Senatorin Karoline Linnert geführten Finanzressorts. „Wir praktizieren hier ja kein politisches Management by Excel“, dem Tabellenkalkulationsprogramm. Und schon gar nicht, sagt Lühr, werde das Quotenmodell für die Aufstellung des bremischen Haushalts genutzt. Der Etat 2012 wird nach der Wahl am 22. Mai geplant – dann muss entschieden werden, wo umverteilt, wo gespart wird. Ungefragt sagt der Staatsrat dann auch, dass bestimmt noch

„Letztlich müssen aber politische Prioritäten gesetzt werden.“

Finanz-Staatsrat Hans-Henning Lühr

keine „Giftlisten“ über drohende Einsparungen kursieren würden.

Doch sicher ist: Einschnitte wird es geben. Denn die „Zentrale Dienststelle der Landesfinanzminister“ (ZDL) hat für Bremen von 2010 bis 2020 einen notwendigen Rückgang der realen Ausgaben um 28 Prozent errechnet, wenn – bei vorgegebenen Einnahmen – ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll. Allerdings sind in diesen „Primärausgaben“ nicht die Zinsen erfasst. Werden auch diese 623 Millionen Euro (2011) einberechnet und die jährlich 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen des Bundes abgezogen, müssten jährlich mindestens weitere 323 Millionen Euro (623-300 Millionen) eingespart werden. Bremen wird sich also bis 2020 noch mehr als die 28 Prozent gegenüber 2010 aus den Rippen schneiden müssen.

„Die ZDL-Modellrechnung ist politisch nicht unumstößlich, doch könnte uns die-

ses Szenario in die Enge bringen“, fürchtet Lühr, „aber wir machen uns auf den Weg, dieses Ziel zu erreichen.“ Schon im März 2010 hat der Senat beschlossen, bis 2014 insgesamt 950 von 13 300 Stellen zu streichen – 200 pro Jahr. Bis 2020, ergänzt Lühr, soll der Personalposten um 45 Prozent reduziert sein.

Bald erfahren die senatorischen Haushälter, wie es um die Einnahmeseite bestellt ist: Von Anfang Mai bis zum 12. des Monats tagt die Steuerschätzer. Dann kann die Mittelfristige Finanzplanung bis 2015 erstellt werden. Vielleicht sogar noch vor der Wahl.

Bis 2014 soll der Finanzierungssaldo je Einwohner von 1417 (2010) auf 1073 Euro reduziert werden. Allerdings liegt er damit noch weit über dem Haushaltsdefizit aus dem Jahr 2008: Damals entfiel auf jeden Bremer ein Minusbetrag von 674 Euro.

Für die Opposition – mit Ausnahme der Linkspartei – sind die Sparanstrengungen des Senats zu dürftig. „Was die Koalition präsentiert, wird nicht reichen. Was sie macht, macht sie halbherzig und zu langsam“, kritisiert FDP-Haushaltsexperte Magnus Buhler. Die CDU-Fraktion ruft auf ihrer Homepage die Bürger zu Sparvorschlägen auf und listet selbst einige auf, von der Verkleinerung des Parlaments bis zur Verringerung von Studienplätzen, und beklagt, dass Rot-Grün nicht auf ihre Sparvorschläge eingegangen sei.

Die Linke fordert dagegen einen Stopp des Sparkurses bei öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Kultur und Investitionen sowie höhere Steuern auf Bundesebene zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Auch B+B (Bremer und Bremerhavener Wählergemeinschaft), die im Mai um den Einzug in die Bürgerschaft kämpft, lehnt ein Kaputtsparen des Landes ab. Sie plädiert stattdessen für eine Verbesserung der bremischen Einnahmen.

Stadtplaner laden zum Ideenwettbewerb ein

Bürgerbeteiligung zur Entwicklung des neuen Hulsberg-Viertels auf dem Gelände des Klinikums Mitte ist gestartet

VON BASTIENNE EHL

Bremen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt – und sogar draußen vor der Tür drängten sich im Gebäude der Inneren Medizin am Klinikum Mitte noch die Interessenten. Das Thema, das eine solche Magnetwirkung entfaltete: das neue Hulsberg-Viertel. Wenn der Neubau des Klinikums Mitte wie geplant 2014 steht, ist auf knapp 14 Hektar Platz für ein neues Quartier. „Es ist ein ganz wichtiges Projekt für die Entwicklung der Stadt“, betont Bausestator Reinhard Loske (Grüne). Für den Andrang im Hörsaal sorgte die Auftaktveranstaltung zur Bürgerbeteiligung.

Über das, was auf den rund 14 Hektar entstehen soll, sollen die Bürger mitentscheiden. Wie das funktionieren kann, darüber diskutierten jetzt Politiker, Planer und Behördenvertreter mit Anwohnern. Man sei erst ganz am Anfang, sagte Senatsbaudirektor Franz-Josef Höing, der gleichzeitig einer der Geschäftsführer der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte ist. „Wir meinen es ernst mit der Bürgerbeteiligung, wir haben keine fertigen Konzepte.“

Es sei ein ehrgeiziges und gleichzeitig einmaliges Projekt, ein neues Quartier mitten in der Stadt zu bauen. Zuallererst sei es daher notwendig, den richtigen Ansatz zu finden und zu klären, welche Qualitäten das Quartier überhaupt haben soll. Höing:

„Es soll ökologischen Anforderungen entsprechen, womöglich klimaneutral gebaut werden. Es soll bezahlbar aber gleichzeitig vorzeigbar und sozial durchmischbar sein, ein tragfähiges Verkehrskonzept haben und gut zu vermarkten sein. Fragen über Fragen, die alle noch zu klären sind.“

Was feststeht: „Wir wollen möglichst viel von der vorhandenen Bausubstanz erhalten, nicht nur die denkmalgeschützten Bauten.“ Dazu gehöre die Front hin zur St. Jürgen-Straße und das Gebäude an der Bismarckstraße und Friedrich-Karl-Straße. Die Frauenklinik wird laut Höing vermutlich weichen müssen. „Und für die kleineren Häuser werden schrittweise Untersuchungen vorgenommen, ob diese weiterhin sinnvoll nutzbar sind oder nicht.“



Ortsamtsleiter Robert Bücking beim Start zur Bürgerbeteiligung. FOTO: WALTER GERBRÄCHT

Was er sich von der Verwendung der Fläche erwarde, fragte der Moderator der Podiumsdiskussion, Othmar Willi Weber, den Geschäftsführer der Gesundheit Nord, Diethelm Hansen. Mit dem Hintergrund, dass sich die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung mit einer zunehmend alternden Gesellschaft stark verändern werde, ist für Hansen eine Vernetzung von stationärer und ambulanter Versorgung in Krankenhaushöhe denkbar. „Unser Wunsch ist es, dass sich auf dem Gelände ein Angebot von Versorgung, Wohnen und Prävention in unterschiedlichen Facetten entwickelt.“ Wirtschaftlich gesehen sei es natürlich das Interesse des Klinikums, die frei werdenden Grundstücke zu einem möglichst hohen Preis zu verkaufen.

Beteiligung: So geht's weiter

■ Die Bürgerbeteiligung für das Hulsberg-Viertel ist eingeleitet, die nächsten Termine stehen fest. Ortsbegehungen sind für Donnerstag, 19. Mai, und Mittwoch, 25. Mai, jeweils ab 18 Uhr geplant. Der Treffpunkt wird unter www.neues-hulsberg.de bekannt gegeben. Am Freitag, 24. Juni, folgt ein Gespräch mit Planer Klaus Selle zur Gestaltung der Bürgerbeteiligung mit dem Titel „Wie wollen wir miteinander reden?“ Der genaue Termin wird noch auf der Homepage bekannt gegeben.

Verein fordert mehr Aufklärung

Beratungszentrum feiert Jubiläum

VON FRANZISKA KIELE

Bremen. Schulen sollten sich stärker mit den negativen Folgen der Ausgrenzung Homosexueller auseinandersetzen. Das ist die Forderung des Beratungszentrums Rat und Tat e.V., das in diesem Jahr sein 25. Jubiläum feiert. Das Thema Homophobie sei an Schulen ein großes Thema, sagt Annette Mattfeldt von Rat und Tat. „Es sollte vor allem mehr Fortbildungen für Lehrkräfte zu diesem Thema geben.“ Für die nächste Legislaturperiode wünsche sie sich mehr Aufklärungsarbeit für Jugendliche, denn viele Schüler litten unter den alltäglichen Ausgrenzungen.

Die Beratungsstelle im Rat und Tat Zentrum Bremen für Schwule und Lesben e.V. bietet seit 1986 Hilfe zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen an. Auch Beratung zu HIV und Aids und sexuell übertragbaren Krankheiten sowie Informations- und Präventionsarbeit gehören zu den Aufgaben des Zentrums. Bernd Thiede hat es gegründet und ist neben der telefonischen Beratung auch für die Präventions- und Aufklärungsarbeit zuständig. „Wir haben in der Akzeptanz einen großen Sprung gemacht“, sagt Thiede. Früher seien Diskriminierung und Vorurteile gegen Schwule ein großes Thema gewesen. Deutliche Veränderungen habe es dann Anfang der 90er-Jahre gegeben, als der Paragraf 175 endgültig aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde. Er hatte sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe gestellt. Außerdem strich die Weltgesundheitsorganisation die Homosexualität aus dem Katalog der Krankheitsdiagnosen. Auch das Lebenspartnerschaftsgesetz in der Bremischen Landesverfassung war eine wesentliche Veränderung für Schwule und Lesben. Bernd Thiede betont, dass die medizinische Versorgung HIV-Erkrankter sich im Laufe der Zeit erheblich verbessert habe.

Seit 17 Jahren ist Annette Mattfeldt als Psychologin in der telefonischen Beratung im Beratungszentrum tätig und arbeitet ebenfalls in der Präventionsarbeit mit. Seitdem gibt es auch Beratungsangebote für lesbische Frauen, die besonders die Selbsthilfeangebote in Anspruch nehmen. Bei Schulaufklärungsveranstaltungen leisten die Mitarbeiter des Zentrums zu den Themen HIV und Aids und zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen Präventionsarbeit. Mattfeldt betont, dass in der heutigen Zeit viele Jugendliche ihr Coming-Out während der Schulzeit haben. Jedoch gäbe es an vielen Schulen zur Aufklärungsarbeit nur Einzelaktionen. Somit sei gerade die Präventionsarbeit an Schulen eine wichtige Aufgabe. Zudem sei in Zukunft auch das Thema Alter ein bedeutendes Thema für Schwule und Lesben. Sie seien mit Pflegeanbietern konfrontiert, die sich mit der Thematik noch nicht auseinandergesetzt haben. Zu diesem Problem müsse es in Zukunft mehr Hilfsangebote geben.

„Die Aufklärungsarbeit muss von Generation zu Generation weitergegeben werden. Das Wissen wird nicht vererbt“, verdeutlicht Arno Oevermann, der seit über 20 Jahren als Sozialpädagoge im Beratungszentrum Rat und Tat arbeitet. Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern arbeiten etwa 60 Ehrenamtliche bei Aufklärungsveranstaltungen und Präventionsaktionen mit. Seit zehn Jahren erhält das Beratungszentrum finanzielle Unterstützung aus der Gesundheitsbehörde. Jedoch müssten Eigenmittel in Höhe von 30 000 Euro selbst erwirtschaftet werden. „Das ist immer ein riesiger Kraftakt“, sagt Oevermann, und es sei nur mit Spenden möglich.

Am 3. Mai um 19 Uhr diskutieren Politiker im Bürgerhaus Weserterrassen über die Situation von Schwulen und Lesben im Land Bremen.

Es sei zwar kein offener Konflikt, aber doch ein Thema, das zwischen den Zeilen zu lesen sei, sagte der Sprecher des Beirats Östliche Vorstadt, Peter Rüdell (Grüne). „Das finanzielle Interesse des Klinikums ist natürlich ein Maßstab. Doch darf daran nicht alles bemessen werden. Es muss dennoch einen politischen Gestaltungsraum geben.“

Rüdell machte nochmals deutlich, welche Punkte dem Stadtteiparlament besonders wichtig sind: „Wir wollen keinen Reichenstadteil. Er soll sozial gemischt und für verschiedene Altersgruppen sein. Das Quartier soll ökologische Kriterien erfüllen, nachhaltig sein und ein vernünftiges Mobilitätskonzept haben.“

An Beispielen aus München oder auch Zürich zeigte Klaus Selle, wie eine Bürgerbeteiligung aussehen kann. Selle hat an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen einen Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung und begleitet seit 35 Jahren Bürgerbeteiligungsverfahren. „Man kann nun überlegen, welche Elemente dieser Beteiligungsverfahren auf Bremen übertragbar sind. Beispielsweise die Bürgerwerkstätten aus dem Projekt in München oder die Baugemeinschaften aus Freiburg.“ Baugemeinschaften sind Gruppen, die gemeinsam ein Haus bauen oder umbauen. Ortsamtsleiter Robert Bücking kann sich dies als reelle Chance vorstellen.